

Atomstrom, nein danke!

Ist es der vergessene Super-Gau? Vor vier Jahren hielt die Welt den Atem an, es war der 11. März 2011, als sich die Schreckensnachrichten überschlugen. Ein schweres Erdbeben und der darauf folgende Tsunami zerstörten die Ostküste Japans und rissen alles mit in den Tod, ganze Orte wurden dem Erdboden gleich gemacht, Schiffe wie Spielzeug kilometerweit auf das Land geschleudert, und über 20 000 Menschen kamen ums Leben. Diese furchtbaren Bilder prägten sich tief ein. Doch das sollte noch nicht alles sein.

Der japanische AKW-Betreiber Tepco teilte mit, dass gleich drei Reaktoren des Atomkraftwerkes Fukushima-Daiichi stark beschädigt wurden. So nach und nach sickerten immer mehr erschreckende Nachrichten durch. Es kam zur Kernschmelze. Radioaktive Stoffe wurden in großen Mengen frei, weite Gebiete mussten evakuiert werden. Die Aufräumarbeiten werden Jahrzehnte dauern. Nach dem Unglück wurde eine Sperrzone um das Kraftwerk eingerichtet, rund 160 000 Menschen verließen das Katastrophengebiet.

Wie sieht es heute in Fukushima aus? Was ist aus den Menschen geworden, aus den verseuchten Orten? In der Atomruine lagern noch über 1400 Brennstäbe. Immer wieder dringt verseuchtes Löschwasser ins Meer. Bis das Atomkraftwerk endgültig stillgelegt werden kann, dauert es mindestens drei bis vier Jahrzehnte.

Bürger, zeigt euch nicht gleichgültig! Weltweit werden zig AKWs betrieben, neue in Betrieb genommen. Hier geht es allein um den Profit der Atomindustrie. Es gibt keine sicheren AKWs, gerade in einer Welt, wo die Kriegsgefahr so groß ist wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Aber auch die Umweltkatastrophen fallen immer verheerender aus. Für den atomaren Restmüll gibt es keine sichere Lösung, in Castor-transporten wird er durch ganz Europa transportiert. Jeder von uns kann seinen Beitrag leisten. Lasst nicht zu, dass unser blauer Planet untergeht, weder durch Kriege, noch durch atomare Zerstörung! Das Internetportal ausgestrahlte.de ruft jährlich zu Mahnwachen für Fukushima auf. Am 11. März um 16 Uhr findet auch auf dem Gothaer Neumarkt eine Mahnwache statt.

ck

... damit nie eine Donezker Mutter mehr ihren Sohn beweint.

Donezk, Februar 2015. Foto: Noworossija



Seite 8/9: Solidarität mit den Menschen im Donbass.

Neue Willkommenskultur

Gedanken zur aktuellen Flüchtlingspolitik in Deutschland

Flucht, Abschiebung, Aufenthalt, Duldung – das sind Begriffe, mit denen die meisten in unseren Reihen oder unter der Bevölkerung nicht viel anzufangen wissen. Es sind Begriffe, die in Gesetzen, Vorschriften und Anweisungen deutlich geregelt sind. Sie sollen für alle verständlich sein und dafür sorgen, Menschen, die in Gefahr sind, aufzunehmen, zu schützen und ihnen eine neue Chance zu bieten. Aber wie sieht in vielen Fällen der Alltag aus? Die Zustände in den betroffenen Ländern eskalieren, Menschen fliehen vor Willkür, Gewalt und Terror. Doch wohin? Ein Weg, ist der ins Ausland, in die reichen westeuropäischen Staaten führt.

Warum fliehen Menschen?

Die Gründe, aus denen Menschen gezwungen sind zu fliehen, sind vielfältig: Verfolgung, Folter, Vergewaltigung, Krieg und Bürgerkrieg, drohende Todesstrafe,

Zerstörung der Existenzgrundlagen. Jedes Jahr fliehen Hunderttausende vor schweren Menschenrechtsverletzungen, Diskriminierungen und Repressalien, manchmal unter Lebensgefahr. Darunter sind auch Kinder, die von ihren Eltern allein auf die Flucht geschickt werden, deren Familien zerrissen oder deren Angehörige tot sind. Die weltweite Menschenrechts- und Flüchtlingssituation ist und bleibt besorgniserregend.

Wie viele Flüchtlinge gibt es?

Weltweit befinden sich mehr als 45 Millionen Menschen auf der Flucht oder leben in einer „flüchtlingsähnlichen“ Situation. Das schätzt UNHCR, der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen. 80 bis 85 Prozent der Flüchtlinge können keine großen Wege zurücklegen und bleiben in der Herkunftsregion. Viele schaffen es nicht, die eigene Staatsgrenze zu überwinden. Solche Menschen nennt man Binnenvertriebene. Im Jahr 2012 waren das 28,8 Millionen. Flüchtlinge, die in anderen Län-

Kommunale und öffentliche Investitionen stärken

Auf zu einer neuen Finanzpolitik in Thüringen, Deutschland und Europa!

Mit den Forderungen der neuen griechischen Regierung wird erstmals von einer Regierung in Europa die herrschende Meinung der Spar- oder Austeritätspolitik klar abgelehnt. Das ist ein erster Auftakt für einen möglichen Umschwung in Europa und wird daher von den Regierenden gerade der nordeuropäischen Länder, allen voran von Deutschland, massiv bekämpft. Es wird versucht, mit allen Mitteln die Reduzierung der staatlichen Ausgaben einerseits und die Entlastung der Superreichen andererseits weiter durchzudrücken. Dabei wird weiter kaputtgespart, öffentliche Investitionen sind völlig unzureichend, wenn man den Bedarf betrachtet. Die Europäische Zentralbank (EZB) versucht mit Niedrigzinspolitik und mehr Geld Investitionen auf den Weg zu bringen. Solange aber die sonst verfolgte Sparpolitik nicht verändert wird, wird dieser Versuch der EZB wohl keine positiven Auswirkungen haben.

Öffentliche Investitionen: Rot-Rot-Grüne Landtagsfraktionen bringen Gesetzentwurf zur Aufstockung der Finanzmittel für die Kommunen in den Landtag ein

DIE LINKE. Landtagsfraktion in Thüringen legt in Abstimmung mit SPD und Grünen einen Gesetzentwurf vor, der den Kommunen nunmehr insgesamt 232 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung stellt. Das bedeutet eine zusätzliche Aufstockung der Landesmittel aus dem Landeshaushalt für die Kommunen von 88 Millionen. Damit soll es Kommunen in Not ermöglicht werden, zusätzliche Mittel in ihre Haushalte einzuspeisen. Dies ist für 2015 möglich trotz der Tatsache, dass die neue Regierung die CDU/SPD-Schuldenbremse komplett akzeptiert hat, weil die Steuereinnahmen des Landes höher waren als zuvor geschätzt, und weil die richtige Entscheidung von der neuen Landesregierung getroffen wurde, das Geld, das der letzte CDU-Finanzminister illegaler Weise noch in die Schuldentilgung eingespeist hatte, wieder zurückzuholen.

Dieses Hilfspaket dient als Übergang, denn der kommunale Finanzausgleich in



Dr. Johanna Scheringer-Wright beim Jahresempfang der Linken in Gotha. Foto: W. Möller

Thüringen soll einer Revision unterzogen und neu gestaltet werden. Auch in den nächsten Jahren ist es notwendig, die Kommunen finanziell besser auszustatten.

Aber auch andere Probleme müssen dringend angegangen werden. So ist z.B. die Einstellung von Lehrern und damit die drastische Verringerung von Unterrichtsausfall zeitnah notwendig. Das kann nicht von der Kassenlage abhängig gemacht werden. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass unsere Landesregierung nicht nur darauf hofft, dass zukünftig Steuereinnahmen immer höher ausfallen. Sie muss auf Bundesebene selbst aktiv werden, um Spielraum zu erkämpfen.

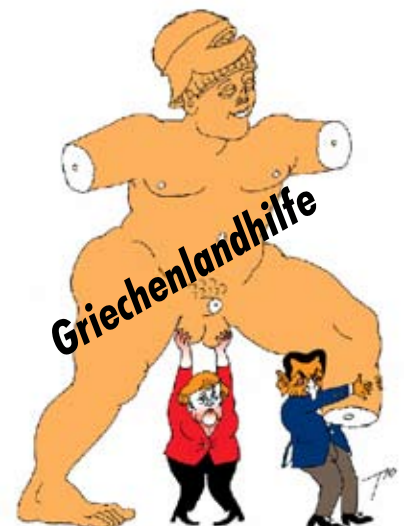
Nein zur Schuldenbremse, Umkehr in der Steuerpolitik und Investitionsprogramm

Es ist notwendig, über den Bundesrat die Reichensteuer auf den Weg zu bringen und eine Normenkontrollklage zur Schuldenbremse, denn viele Ökonomen bezweifeln, dass die Einführung der Schuldenbremse im Einklang mit dem Grundgesetz steht.

Schaut man sich die Stellung von Deutschland in Europa an, so muss festgestellt werden, dass Deutschland durch seinen Leistungsbilanzüberschuss - hervorgerufen durch starke Exporte bei gleich-

zeitiger Durchsetzung von Agenda 2010 und Lohnmoderation - das wirtschaftliche Gleichgewicht in ganz Europa durcheinander bringt. Denn der Überschuss der einen ist das Defizit der anderen und geht mit einer zunehmenden Verschuldung gegenüber Deutschland einher. Daher ist es von Merkel und insbesondere Schäuble schlicht ungerecht, die neue griechische Regierung praktisch zu erpressen, ohne auch nur im Geringsten bereit zu sein, die negativen Auswirkungen ihrer Finanzpolitik für die Bevölkerungen zur Kenntnis zu nehmen. Deutschland muss endlich Verantwortung im Euroraum übernehmen und seinen Beitrag zum Abbau der wirtschaftlichen Ungleichgewichte leisten. Notwendig sind daher in Deutschland ein öffentliches Investitionsprogramm, eine Umkehr in der Steuerpolitik, damit die Reichen und Vermögenden zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden, eine rasche Erhöhung des Mindestlohns auf 10 Euro und der Abbau prekärer Beschäftigung. Um Druck auf die Bundesregierung und den Bundestag auszuüben, müssen diese Forderungen in der öffentlichen Debatte, auf der Straße und in den Tarifauseinandersetzungen aufgebracht werden. Die Thüringer Landesregierung muss sich diese Forderungen zu eigen machen und über den Bundesrat auf die Bundesebene einbringen und mit Partnern für deren Umsetzung kämpfen.

Dr. Johanna Scheringer-Wright, MdL



Neue Willkommenskultur

> Seite 1



Bernd Fundheller und Martina Renner auf dem Neujahrsempfang der Linken in Gotha. Foto: W. Möller

dem Schutz suchen, leben überwiegend außerhalb Europas. 2012 wurden in der gesamten EU rund 300 000 Asylanträge gestellt. Staaten wie Pakistan, Iran und Kenia beherbergen viel mehr Flüchtlinge als die reichen Staaten des Westens. (Quelle: Proasyl.de)

Wer flieht nach Deutschland?

In den letzten 15 Jahren kamen vor allem Flüchtlinge aus der Türkei, aus Ex-Jugoslawien, Afghanistan und dem Irak nach Deutschland. Derzeit sind es vor allem syrische, afghanische, iranische oder serbische Flüchtlinge sowie Bürger aus der Russischen Föderation. Um eine Chance auf Aufnahme zu haben, müssen sie in der Regel einen Asylantrag stellen. Unter ihnen sind jedes Jahr circa 2000 Minderjährige, die ohne Eltern nach Deutschland kommen.

Insgesamt stellten 64 539 Menschen im Jahr 2012 einen Asylantrag in Deutschland. Nachdem die Zahl der Asylsuchenden durch die Grenzabschottung und weiterentwickelte Strategien, Flüchtlinge frühzeitig aufzuhalten, in den vergangenen Jahren insgesamt abgenommen hatte, suchen aufgrund der aktuellen Krisenherde wieder vermehrt Menschen Schutz in Europa. Setzt man die Zahl der Asylanträge mit der Einwohnerzahl in Beziehung, liegt Deutschland im europäischen Vergleich im unteren Mittelfeld. In sieben europäi-

schen Staaten, darunter Malta, Schweden und Luxemburg, baten im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr Flüchtlinge um Asyl als in Deutschland.

Wie ist die Lage in Gotha?

Auch nach Gotha und in den Landkreis kommen immer mehr Flüchtlinge aus den unterschiedlichsten Ländern. Diese Menschen brauchen Hilfe. Hilfe bei der Unterbringung, Hilfe bei der Integration, Hilfe im Lebensalltag. Diese Menschen müssen mit dem Notwendigsten ausgestattet werden, und die Einrichtungen müssen möbliert werden. Es ist daher unverständlich, dass es zahlreiche öffentliche Gebäude mit Einzelunterbringungsmöglichkeiten gibt, die aber für diese Situation nicht bereitgestellt werden. Die geplante alternative Möglichkeit der „Turnhallenunterbringung“ halten wir für menschenunwürdig und völlig entgegen dem, was einer humanitären Integrationspolitik entspricht. Neben der Unterbringung gibt es noch viele weitere Probleme, wie die dauernde Betreuung dieser Menschen. Wo ist die

nächste Behörde, wo kann man zum Arzt gehen, kann ich mein Kind in die Schule oder Kindereinrichtung schicken? Wie muss ich die behördlichen Formulare ausfüllen und wie funktionieren Haushaltsgeräte und Einrichtungen? In all diesen Fragen brauchen die Menschen die Hilfe der gesamten Gesellschaft.

Was brauchen wir?

In Thüringen leben circa 2,1 Millionen Menschen, davon rund 40 000 mit ausländischer Staatsangehörigkeit (Stand: 2012). Ihr Anteil liegt damit bei 1,8 Prozent der Gesamtbevölkerung. Somit ist der Freistaat nahezu Schlusslicht im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Man sollte also nicht von „Überfremdung“ in Deutschland sprechen. Die Tatsache, dies als Argumentation für die eigene, verzweifelte Situation auf der Straße zu verwenden, ist die Folge des Versagens dieser Bundesregierung. Menschen werden denunziert, ausgegrenzt und haben keine Möglichkeit, an der Gestaltung in der Gesellschaft teilzuhaben. Ein Verständnis, dass die Ausländer nichts damit zu tun haben, wird man bei diesen Personengruppen nicht finden. Der Frust, die Wut, der Zweifel und damit der Protest richten sich an die falsche „Adresse“. Selbst wenn es nicht einen Ausländer in der Bundesrepublik gäbe, wären die Bedingungen für die ALG II Empfänger, die prekär Beschäftigten, den Rentner mit Grundsicherung oder die überlasteten Angestellten nicht anders.

Der Protest muss in die Richtung gehen, wo die politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu muss man fordern zuzuhören und Ideen aufzunehmen. Die Bundesrepublik ist ein sehr reiches Land. Reich geworden auch mit den Beziehungen zu den Ländern, wo heute die Konflikte geschürt werden und Menschen davor fliehen. Wir müssen diesen Menschen Geborgenheit und eine neue Chance geben, wir brauchen keine Pegida, Sügida und wie diese Hetzkundgebungen alle heißen. Wir brauchen eine neue Willkommenskultur, die den Menschen zeigt, dass ihnen hier die Angst, Verzweiflung und Gewalt genommen werden. Dazu stehen wir als Kreisverband DIE LINKE Gotha.

Bernd Fundheller
Kreisvorsitzender

Dear refugees, welcome to Germany!
Liebe Flüchtlinge, willkommen in Deutschland!
Chers réfugiés, bienvenues en Allemagne!

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
VVN-BdA

Karl Marx – Anwalt der freien Presse

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit soll in der Kreistagsfraktion einen höheren Stellenwert bekommen

Zum Jahresauftakt der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Gotha wurde gemeinsam mit Thüringens Ministerpräsidenten Bodo Ramelow auf bevorstehende Aufgaben geschaut. Dabei hat sich das Credo der Linkspartei auf allen Ebenen bewährt: mit den Akteuren vor Ort ins Gespräch kommen und offen über Standpunkte diskutieren. Für viele Menschen in der Bevölkerung Thüringens ist das Symbol und zugleich Hoffnung in die neue Landesregierung.

Die Kreistagsfraktion hat sich zum Ziel gesetzt, stärker in den Medien präsent zu sein. „Der Dialog ist ausdrücklich gewünscht“, so Fraktionsvorsitzende Vera Fitzke. Dabei soll über Parteigrenzen hinweg sachlich diskutiert werden. Ein Beispiel aus letzter Zeit waren der Beitrag zur Doppik als kommunales Haushalts- und Rechnungswesen und natürlich die Diskussion zum Kreishaushalt für 2015. Gerne können auch andere Meinungen oder Hinweise zum Thema auf unserer Kreistagsseite abgedruckt werden. In diesem Sinne kann man sich auf spannende Debatten und Ideen freuen.



Rosenmontagsumzug in Köln 2015, Kreistagsmitglied Sebastian Schreiner als Karl Marx. Foto: privat

DIE LINKE.

im Kreistag Gotha

99867 Gotha, Blumenbachstraße 5

Telefon: 03621/85 61 62 | 85 61 66

Fax: 03621/856164, V. Fitzke (V.i.S.d.P.)

Bedeutung der Presse erkannt

Mit gerade mal 24 Jahren wurde Karl Marx vor über 170 Jahren in Köln zum Chefredakteur der „Rheinischen Zeitung“ (RZ) bestellt. Sein erster Artikel galt der Pressefreiheit, aus dem das Zitat stammt: „Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein.“ Diese Gedanken hatten 1842 aber noch nicht die Bedeutung von heute, denn die Freiheit der Presse existierte noch nicht. „Die wahre Theorie muss innerhalb konkreter Zustände und an bestehenden Verhältnissen klagemacht und entwickelt werden“, so Marx weiter. Im November 1842 fand in der Redaktion dieser Zeitung das erste Treffen zwischen Marx und Friedrich Engels statt – der Beginn einer lebenslangen Freundschaft. Dem jungen Marx gelang eine damals in Deutschland beispiellose Auflagensteigerung, denn unter seiner Chefredaktion formulierte die RZ schnell revolutionäre demokratische Ideen. Sie wurde eines der wichtigsten Sprachrohre der demokratischen Bewegung in Deutschland und geriet zunehmend in Konflikt mit der politischen Führung der Rheinprovinz. Das Blatt wurde im März 1843 durch die staatlichen Behörden verboten. (Quelle: Wikipedia)

Sebastian Schreiner

Wahlsiege in Thüringen und Griechenland

Rückblick des Kreisverbandes zum Neujahrempfang 2015

Am 11. Februar feierte unser Kreisverband seinen alljährlichen Neujahrempfang im Gothaer Theater-Café. Dazu luden die Bundestagsabgeordnete Martina Renner, die Landtagsabgeordnete Johanna Scheringer-Wright, die Vorsitzende der Kreistagsfraktion Vera Fitzke und Kreisvorsitzender Bernd Fundheller ein. Eingeladen wurden nicht nur GenossInnen, sondern auch MistreiterInnen, sowie Vertreter des DGB, der Stadtrats- und Kreistagsfraktion der SPD, sowie Gäste aus Rumänien, der Ukraine und der Russischen Föderation.

Für das leibliche Wohl sorgte Kreistagsmitglied Swen Hübner, Gastwirt des Gothaer Aquariums, mit seinem großzügigen Buffet. Musikalisch wur-

de der Abend durch Schüler der Musikschule Louis-Spohr begleitet.

Bei seiner Begrüßungsrede ging Bernd Fundheller auf Herausforderungen des



Joachim Thier-Ueltzen ist Mitarbeiter im Team Scheringer-Wright und neues Mitglied unserer Redaktion. Hier mit seiner Familie auf dem Neujahrempfang. Foto: W. Möller

Landkreises im aktuellen Jahr ein. Er wies dabei ausdrücklich daraufhin, dass Flüchtlinge niemals als ein Problem verstanden werden dürfen. Martina Renner sprach über die politischen Chancen, die sich durch den Wahlsieg der Partei Syriza in Griechenland für Europa eröffneten. Als Mitglied der Rot-Rot-Grünen-Koalition sprach Johanna Scheringer-Wright unter anderem über die Aufgabe der Regierung, auch im Bundesrat für eine gerechtere Politik einzutreten.

Der Abend bot eine gute Gelegenheit, sich über aktuelle politische Themen in den verschiedenen Gemeinden und Städten auszutauschen. Ein hoffnungsvolles Jahr liegt mit Unterstützung unserer ersten Rot-Rot-Grünen Landesregierung vor uns.

Vera Fitzke

Sächsisch von seiner schönsten Seite

Neues vom Leipziger Kabarettisten
Gunter Böhnke

Es hat mich schon immer gewundert, dass das durch und durch sächsische kabarettistische Urgestein Gunter Böhnke Anglistik, Germanistik und Pädagogik studiert hat, als Lehrer arbeitete, also des Englischen und auch eines guten Deutschen mächtig sein muss. Aber meistens hört man ihn in seinem unverwechselbaren Sächsisch. Das gefällt mir, wie überhaupt der ganze Kerl und alles, was aus seinem klugen Kopf, seinem sächsischen Mundwerk und seinem kabarettistischen Gebaren kommt. Durch Bühne, Funk und Fernsehen ist er sowohl in Sachsen als auch in Thüringen und Sachsen-Anhalt weitgehend bekannt. Er war Mitbegründer des Leipziger Studentenkabarets „academixer“ zusammen mit Bernd-Lutz Lange und Gisela Oechelhäuser. Sie schauten ihren Kommilitonen und Mitmenschen aufs Maul und boten ihre frechen satirischen Programme in sächsischer Sprache.

Vorbild für alle sächsischen Comedien und Kabarettisten: Lene Voigt

Da kommt Lene Voigt ins Spiel. Sie war eine sächsische Mundartdichterin. In ihren Gedichten, Geschichten und Parodien, ihren Liedern und schelmischen Charakterstudien hat sie die Schwächen und Eigenheiten ihrer sächsischen Landsleute „heeflich, helle und heemdicksch“ aufgedeckt und den Academixern mit ihrer Hinterlassenschaft eine Fundgrube an sächsischem Humor von der „Bärchlandschaft“ bis zum „Gostiemfest“, vom „Handschuh“ bis zu „Sängersch Fluch“ geboten.

Allerdings durften ihre Werke während der Nazizeit nicht mehr publiziert werden. Sie galten als „unheidisch“ und als Verschandelung der sächsischen Sprache. Auf Grund ihrer Veröffentlichungen in linken Zeitschriften galt Lene Voigt politisch als Linke. Man warf ihr „Kulturbolschewismus“ vor und stufte sie als besonders gefährlich ein. Auch in der DDR waren ihre Texte verpönt. Damals galt Sächsisch auch als anrühig. Heute jedoch spielt sie besonders in den Programmen der „academixer“ Kabarettisten eine bedeutende Rolle. 1984 präsentierte Gunter Böhnke mit den „academixern“ sein erstes Lene Voigt-Programm. Damals hat das Kabarett das Sächsische gewissermaßen zur Bühnensprache gemacht.



Der Leipziger Kabarettist, Autor und Herausgeber Gunter Böhnke. Quelle: www.academixer.com

Wenn Tom Pauls die böse Königin und Gunter Böhnke Schneewittchen ist und Bernd-Lutz Lange darauf achten muss, dass zur rechten Zeit gestorben wird, dann geht es in eine neue Dimension: Märchen ohne Grimm und Groll. Oder wenn andere Promis Lene Voigts Gedichte vortragen. Zum Beispiel Ulrich Mühe „Dr. Geenich von Dule“ oder Tom Pauls „Dr. Schatzgräwr“, „Ufn Gostümfest“, „Dr. Schnürsenkl“ dann gibt es immer eine höllische Freude für die Lachmuskeln.

Der Literat

Gunter Böhnke ist nicht nur Kabarettist, sondern auch Autor, Koautor und Herausgeber. Er übersetzt aus dem Englischen und schreibt Bücher und Kabarett-Texte. In seinem Buch „50 einfache Dinge, die Sie über Sachsen wissen sollten“ räumt er mit zahlreichen Vorurteilen über seine Heimat auf – oder er bestätigt sie, denn er will das Ansehen der Sachsen in der Welt verbessern. Er fragt: Wie kommt es eigentlich, dass die Sprache der Mitteldeutschen immer wieder als Synonym für Einfalt, Trägheit und permanente Gemütlichkeit gesehen wird? Wieso sind die Sachsen so höflich? Damit hat er 50 bemerkenswerte Dinge über seine Heimat und seine Landsleute auf höchst unterhaltsame Weise zusammengetragen.

Die Welt beschnarchen

In einem anderen Buch beschnarcht sich ein Sachse die Welt: „Mir Saggsen ham immer a bissel Bäch“. Historisch betrachtet standen wir meist auf der falschen Seite“ beginnt er seine beschnarchende Weltreise. Während der Pechsträhne, angefangen mit dem Siebenjährigen Krieg, den Preußen, dem Zweiten Weltkrieg und den Russen bis hin zum Leipziger Spitz-

bart Walter Ulbricht, waren die Reisemöglichkeiten begreiflicher Weise recht eingeschränkt. Doch ehe „der Sachse aufmuckt, muss wirklich was passieren“, wie die Wende 1989. Da wurde das quasi vermauerte Tor zur großen, weiten Welt auch für den Sachsen aufgetan. Reisen bildet – vor allem die Fähigkeit, über sich selbst zu lachen. Mit sicherem Gespür für Situationskomik und mundartlichen Sprachkreationen beschreibt er kuriose Begebenheiten, die einem gutgläubigen und dennoch cleveren Sachsen auf seinen Reisen durch die große, weite Welt zustoßen. Doch egal, was dem sächsischen „Globetrottel“ in Australien, Irland, Frankreich oder den USA passiert, mit Esprit und Schlagfertigkeit meistert er auch die peinlichsten und schwierigsten Situationen. Mit einem kabarettistischen Feuerwerk mit Tiefgang beschnarcht er sich die Welt.

Kritische Freiheit

Oder in „Showzeit für Ideale“ resümiert er mit seinen Kabarett-Kollegen als Herausgeber 40 Jahre Realsozialismus aus dem Blickwinkel kritischen Geistes. Manchmal ist es erstaunlich, wie weit die Kabarettisten in Leipzig sich vorwagten. Manchmal wundert man sich heute, was damals als gewagt galt. Aber auch das Ende der DDR und die neu gewonnene Freiheit werden in diesem Buch kritisch beleuchtet.

Auf Tournee

Im März und April ist er mit seinen Programmen „Schwarz-Rot-Gold“, Mein Leipzig, geliebtes Weltdorf“, „Unterwegs von Sachsen nach Europa“, „Hubbe, mei Begahsus, Hubbe“, „Das Kaffeegespenst“ und „1000 kleine Katastrophen“ unterwegs.

Ursula Weidenbecher

Supermacht – Chaos

Dummköpfe, Narren, Trottel nennt
der Volksmund Idioten.
Wer Öl ins Feuer gießt, wenn's brennt,
der zählt zu den Chaoten.

Wer hat stets Unheil nur gebracht
mit üblem Machtgebaren?
Die USA, die Supermacht,
in all den „Nachkriegs“-Jahren.

An diesem Amokläuferstaat
soll nun die Welt genesen.
Wer heut' das Recht des Stärk'ren hat,
bestimmt Verhaltens-Thesen.

Im „Rechtsstaat“ Nordamerika
gedeihen fette Maden.
Wer nicht „Made in USA“,
zählt zu den Schurkenstaaten.

In Indochina fing es an.
Auf dem Balkan ging's weiter.
Im Irak, in Afghanistan
bombten die edlen Streiter.

Weil schließlich der Profit nur zählt,
findet man Spaß am Raufen.
Zurück bleiben in aller Welt
Stets große Trümmerhaufen.

Jetzt ist die Ost-Ukraine dran.
Man steht an Russlands Grenzen
und leidet an Weltherrschaftswahn
mit allen Konsequenzen.

Europa macht den Wahnsinn mit.
Obama wird's gefallen.
Er fordert gleichen Schritt und Tritt
von uns, seinen Vasallen.

Auch Gauck liebt Kriegseinsätze sehr
und will nicht länger warten.
Ursula schickt die Bundeswehr
ins Feld – samt Kindergarten.

Der Uncle Sam ist Weltgendarm.
Ihm müssen wir parieren!
Selbst jeder Furz von ihm hat Charme,
den wir sogleich kopieren.

Ob Kleidung, Sprache, ob Musik,
Finanz- und Wirtschaftskrise.
Was von den Amis kommt, ist schick.
Wir wollen sein wie diese!

Sie schaffen Hochtechnologie,
um Menschen umzubringen,
und zwar so viele wie noch nie
und schnell vor allen Dingen.

Sind alle Ami-Feinde tot,
zieht weiter in die Ferne
der US-Supermacht-Chaot
ins All – zum Krieg der Sterne!

Heinz Niedermeier



Gauck feierte Fünfundsiebzigsten

Von Heinz Niedermeier

Deutschland ist friedlich.
Doch das gibt sich.
Joachim Gauck ist fünfundsiebzig
und schaut nach Kriegseinsätzen aus
für unser Volk. Applaus, Applaus!

Für Bürgerrechtler einst im Osten
war Pazifismus deutsche Pflicht.
Doch hat man einen tollen Posten,
stört das Geschwätz von gestern nicht.
Friedensgebet? Ist lange her
für den Ex-Kirchenfunktionär.

Er stößt schon fünfundzwanzig Jahre,
von seinen Tönen selbst gerührt,
den Freiheits-Blues in die Fanfare,
für die er unermüdlich ficht.
Nur – wessen Freiheit – sagt er nicht.



Er hält gern salbungsvolle Reden.
Gutgläubig hört das Volk ihm zu.
Er spendet Segen so für jeden,
staatsmännisch und voller Huld
und wer ihm glaubt, ist selber schuld.

Er ist begabter Herzenfänger
mit zutraulichem Bariton
und exzellenter Partygänger
im Walzerschritt mit seinem Schatz
auf jedem Promi-Tummelplatz.

Er reist preiswert in viele Länder
als unser Bundesoberhaupt.
Er geistert über alle Sender.
Moskau hat er noch nicht besucht.
Die Russen sind für ihn verrucht.

Weil seine Eltern Nazis waren,
war er schon Antikommunist
und Russenfeind im Kindergarten,
was er ja auch noch heute ist.
Er übertrifft darin fatal
so manchen NATO-General.

Fast dreißig Millionen Tote
beklagte die Sowjetunion.
Doch Russenhass ist wieder Mode

bei Pharisäern der Nation.
Die „bösen“ Russen stehen ja
im Grenzbereich der USA.

Das tut nicht gut dem deutschen Lande.
Für dessen ersten Diener ist
diffuser Hass doch eine Schande.
Des Präsidenten Arroganz
zeugt doch von großer Ignoranz.

Doch er reist weiter in die Ferne
als oberster Bundes-Guru
und Freiheitsheld und gibt auch gerne
zu allem seinen Senf dazu.

Mit seinen graumelierten Haaren
ist Gauck doch ein sehr schöner Mann
mit hochherrschaftlichem Gebaren,
der alles weiß und alles kann.

Deshalb singen wir pastoral
den ökumenischen Choral
Herrn Gauck zuliebe inniglich:
„Großer Gauck, wir loben dich,
dich und deine Geistesstärke.
Vor dir neigt ganz Deutschland sich
und bewundert deine Werke.
Wie du warst zur Wendezeit,
so bleibst du in Ewigkeit.“

Das Licht der Sonne verjagt die Nacht



Prof. Peter Arlt verlas während der Gedenkveranstaltung in Tabarz die Ausschreibungsbedingungen zum Theo-Neubauer-Preis. Foto: W. Möller

Zur Gedenkveranstaltung in Tabarz wurde der Theo-Neubauer-Preis ausgelobt

Am 5. Februar jährte sich der Tag der Ermordung des Pädagogen, kommunistischen Reichstagsabgeordneten und antifaschistischen Widerstandskämpfers Dr. phil. Theodor Neubauer zum 70. Mal. Aus diesem Anlass trafen sich Mitglieder der VVN/BdA Thüringen, der Partei Die Linke, der DKP sowie Bürger der Gemeinde Tabarz am Grabmal im Theodor-Neubauer-Park zu einer Gedenkveranstaltung (wir berichteten). Bürgermeister David Ortmann (SPD) ließ zu Ehren Neubauers, der von 1939 bis 1945 in Tabarz wohnte, die Fahne am Rathaus auf Halbmast setzen. Der aufstrebende Kneipp-Kurort am Fuße des Inselberges führt die in der DDR gepflegte Erinnerungskultur und das Vermächtnis des „Roten Doktors“ jährlich bei Gedenkveranstaltungen im Februar und Dezember fort.

Mit dem Vers „Ich glaube an den Tag, an dem das Licht der Sonne siegreich eure

Nacht verjagt ...“, zitierte der Kunsthistoriker Prof. Dr. Peter Arlt aus einem Gedicht von Neubauer, worin dieser die Hoffnung ausspricht, „dass der Mensch, wenn er mit klarer Sicht von der Unterdrückung und des Betrogenseins Einsicht und Kraft gewinnt, sich hinüber arbeiten kann in das wirkliche Reich der Freiheit und wirklich, Mensch zu werden.“ Arlt mahnte in seiner Rede: „In dieser Zeit, in der erneut der Mob die Straßen gewinnt, müssen wir uns des Lebens und Kampfes solcher Menschen, wie Theo Neubauer, in Erinnerung rufen und aus ihrem Schicksal Einsicht, Kraft und Hoffnung gewinnen und aktiv werden, ... Theo als Schutzschild gegen den leichtfertigen Umgang mit dem gewordenen und wieder hervorkriechenden Faschismus vor der Gesellschaft hertragen. Wir dürfen nicht weggucken, sondern müssen etwas tun, um der Blindheit Band von den Augen der Menschen zu reißen.“

Im Anschluss an die Ansprachen der Vertreter von Gemeinde, Landtag, Parteien und Organisationen verlas Peter Arlt die Ausschreibungsbedingungen für

den von der Basisgruppe der VVN Gotha ausgelobten Theo-Neubauer-Preis. Schüler, Lehrlinge, Studenten, Werk tätige und Rentner werden darin zum Wettbewerb aufgerufen, um sich mit Fotos sowie Kurzgeschichten oder Reportagen mit dem politischen Geschehen im In- oder Ausland kritisch auseinander zusetzen. Bis zum 9. November des Jahres sind die Beiträge einzureichen. Die Jury, zusammengesetzt aus Peter Arlt, Martin Mürb (VVN Gotha), David Ortmann (SPD), MdL Martina Renner, MdB Johanna Scheringer-Wright und MdK Vera Fitzke (alle Die Linke), bewertet anonym und benennt die Preisträger. Bei der Preisverleihung am 12. Dezember, dem 125. Geburtstag Theodor Neubauers, werden die besten Arbeiten ausgezeichnet, danach ausgestellt, in einer Lesung dargeboten und an verschiedenen Stellen veröffentlicht.

Eingereicht werden können drei ausdrucksstarke Fotos (60 x 42 cm) bzw. eine Fotoserie von fünf Fotos (je 30 x 21 cm) oder eine Kurzgeschichte/Reportage (Umfang ca. 5000 Zeichen). Die Texte sind in zwei Exemplaren einzureichen. Jeder Einsender kann nur einen unveröffentlichten Beitrag in verschlossenem Umschlag an die Gemeinde Tabarz, Theodor-Neubauer-Park 1, 99891 Tabarz schicken. Wegen der Anonymität des Bewertungsverfahrens dürfen auf den Fotos und Texten keine Autorennamen stehen. Auf einem beigelegten Extrablatt stellt sich der Autor in einer Kurzvita (höchstens zwölf Zeilen) vor. Die Jury wählt zunächst individuell die besten Arbeiten aus und entscheidet nach einer Bewertungsdiskussion durch Abstimmung. Es wird eine Dotierung in drei Plätzen (mindestens 100, 200 und 300 Euro) vorgenommen.

Wolfgang Möller



Es ist Krieg in Europa

Eine erschreckende Bilanz der Ereignisse im Osten der Ukraine

Seit fast einem Jahr tobt mitten in Europa ein schrecklicher Krieg, der jederzeit zu einem großen Flächenbrand werden kann. Sarah Wagenknecht sagte im Bundestag zu Frau Merkel: „Sie halten noch das Streichholz dran“, indem die Bundesregierung Waffenlieferungen für die Kiewer Regierung unterstützt, in der zahlreiche Faschisten vertreten sind. In diesem Krieg der Kiewer Machthaber gegen das eigene Volk kamen schon über 5000 unschuldige Menschen ums Leben – Kinder, Frauen, alte Leute, welche schon einmal einen schrecklichen Krieg durchgemacht hatten. Damals waren es die deutschen Faschisten, aber jetzt sind es die eigenen Leute, sagen diese fassungslos. Zehntausende Menschen haben ihre Wohnungen verloren, ganze Orte wurden unbewohnbar, die Infrastruktur wurde zerstört. Ständiger Artilleriebeschluss, Leben im Keller, der Anblick von zerfetzten Menschen durch Granaten – all dies wurde schrecklicher Alltag.

Ursachen erkennen

Doch über all dieses Leid schweigen die westlichen Medien, die bedingungslos die Kiewer Machthaber unterstützen, die Volkswehr als Separatisten bezeichnen und Moskau die Schuld geben. Es wird höchste Zeit, die wahren Ursachen dieses Krieges zu veröffentlichen, die Hintergründe aufzudecken, warum Völker in den Bruderkrieg geschickt werden, siehe Jugoslawien. Haben wir uns an eine Welt voller Kriege gewöhnt und schauen weg, solange es uns nicht betrifft? Doch dann kann es zu spät sein beim heutigen Stand der Waffentechnik.

Feldzug gegen Putin

Wie kam es zu dem schrecklichen Bruderkrieg? Kriege werden durch Massenmedien vorbereitet, durch Propaganda, Verleumdungen und Provokationen, dafür gibt es unzählige Beispiele in der Geschichte. So wurde in den Medien noch lange vor den Protesten auf dem Maidan ein regelrechter Feldzug gegen Putin gestartet, der seinen Höhepunkt während der Olympischen Spiele in Sotschi fand. Man gönnte es Russland nicht, dass diese Olympiade für die Sportler der Welt zu einer der schönsten wurde. In Kiew kam es dann im Februar 2014 zu blutigen Auseinandersetzungen



Humanitäre Katastrophe: Flüchtlinge in der ostukrainischen Stadt Uglegorsk. Foto: Noworossija

während der Massenproteste. Der Regierungschef Janukowitsch musste das Land verlassen, da Gefahr um sein Leben bestand.

„Heil dir Ukraine!“

Spätere Untersuchungen ergaben, dass nicht Regierungstruppen auf die Menschen geschossen hatten, sondern dass profaschistische Kräfte diese Provokation verübt hatten. Zahlreiche Soldaten der Regierungsgruppe Berkut kamen in den Auseinandersetzungen ums Leben, sie wurden regelrecht gelyncht. Der rechte Sektor verbreitete eine Atmosphäre der Angst und des Schreckens, es begann eine Jagd auf Mitglieder der KP, auf Abgeordnete in der Rada. Der Kollaborateur Bandera, der eng mit den Faschisten zusammengearbeitet hatte, wurde zum Volkshelden erklärt, Lenindenkmäler vom Sockel gerissen, und grölend zog man mit „Heil dir Ukraine!“ durch die Straßen.

Feind im eigenen Land

Die Menschen im Osten der Ukraine, die eine ganz andere Vergangenheit haben, konnten dies nicht hinnehmen. „Wir lassen den Faschismus nicht auf unsere Erde.“ Man tat es damit ab, dass man sie als Separatisten abwertete. Am 4. Mai begann Poroschenko dann mit der Bombardierung von Slawjansk, nachdem die Ein-

wohner einen Monat lang ihre Stadt mit Barrikaden gegen die Anti-Terrorgruppen aus Kiew verteidigt hatten. Sie kämpften mit bloßen Händen und mit Losungen, wie „Kein Faschismus in unserer Stadt!“ Der Massenmord in Odessa am 2. Mai, wo Menschen im Gewerkschaftshaus lebend verbrannten, noch mit Benzin übergossen und erschossen wurden, unter ihnen viele junge Menschen, überzeugte auch den letzten Zweifler über die brutale Fratze des Faschismus.

Zielscheibe: Donbass

Anfang Mai 2014 fand in Lugansk und Donezk eine Volksabstimmung statt. Die Menschen gingen zur Wahl wie zu einem Feiertag, ließen sich nicht einschüchtern. Über 80 % der Wähler stimmten für die Gründung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Es begann die zielgerichtete Zerstörung der Städte im Donbass. Die Zahl der zivilen Opfer stieg täglich. Gezielt wurden Schulen, Krankenhäuser, Wohnheime von schwerer Artillerie beschossen. Es begann eine wahre Jagd auf Journalisten, um die Öffentlichkeit zu desinformieren. Mehrere russische, aber auch ausländische Journalisten wurden gezielt erschossen. Protestnoten seitens Russlands wurden ignoriert, im Gegenteil, man verhängte weitere Sanktionen gegen Russland. Auch

„Bei unserem ersten Besuch in der Region im November 2014 besuchten wir auch Flüchtlingslager auf der russischen Seite des Don. Wir hatten die Information, dass rund eine halbe Million Menschen aus den Kampfgebieten nach Russland geflüchtet sind und dort aufgenommen wurden. Die Angst, Not und Verzweiflung der Flüchtlinge hat uns sehr berührt. Einige machten uns auf das Krankenhaus in Gorlowka aufmerksam, eine Stadt mit mehr als 250 000 Einwohnern, nicht weit von Donezk entfernt. Dieses Kinderkrankenhaus, speziell auch für Waisenkinder, war zudem ein UNESCO-Projekt. Zwei Ärzte von „Ärzte ohne Grenzen“ halten sich derzeit in Gorlowka auf. Sie kommen auf Grund der Kampfhandlungen nicht heraus – und wir kamen nicht hinein. Die Mitteilung, dass in Krankenhäusern in der Ostukraine Kinder sterben, weil nicht die notwendigen Medikamente zur Verfügung stehen, hat uns keine Ruhe gelassen. „Wir wollen helfen!“, das war unsere Entscheidung.“ (W. Gehrcke und A. Hunko) • 24. März, 20 Uhr, im Londoner (Alter Schlachthof): Andrej Hunko, MdB berichtet über die Fahrt in das Kinderkrankenhaus.

der Appell an die UNO verhalte, dass die Ukraine weltweit verbotene Waffen gegen das Volk im Donbass einsetzte – Splitter- und Phosphorbomben. Der Krieg wurde zum grausamen Alltag, Sirenen, Flucht in die Keller, Einschläge in Wohngebiete. Es wuchs immer mehr die Gefahr, dass dieser Krieg sich ausbreitet. Nicht nur einmal provozierte man Russland, beschloss Grenzstationen, wo sich Hunderte ukrainische Flüchtlinge befanden. Das wahre Ziel war, Russland in den Krieg hineinziehen, um dann gegen Russland vorzugehen.

Donjezk unter Feuer

Kurz vor Inkrafttreten des Minsker Waffenstillstandes verstärkte die ukrainische Armee noch einmal den Beschuss von Wohngebieten, von Produktionsbetrieben und Schächten, es kam zum sinnlosen Tod friedlicher Menschen. In der Nacht zum 15. Februar 2015 war Donezk unter Dauerbeschuss, was die Menschen, die schon so viel durchgemacht hatten, in große Angst versetzte. So benachrichtigen sie ihre Verwandten, nahmen Abschied, da sie glaubten, diese Nacht nicht zu überstehen. Über die Brutalität der Kiewer Truppen veröffentlichte auch ein belgischer Journalist eine Mitteilung. Als er am 14. Februar nachts ins Hotel zurückkehrte, wurde er mit Gegröle empfangen: „Kamikaze! Ich fürchte niemanden! He, Ausländer, komm hierher, du wirst mit uns saufen! Heil dir, Ukraine!“ Die Empfangschefin erzählte ihm, dass es sich um Spezialeinheiten handelte, die alle jagen, die gegen Kiew sind, sie führen Razzien durch ...“.

Kessel von Debaltsevo

Am 15.2.2015 um 0.00 Uhr trat der in Minsk vereinbarte Waffenstillstand in Kraft. Für die Menschen war es ein Aufatmen. Monatelang haben sie im Keller gelebt, Kälte, Hunger, oft tagelang kein Essen, Einschläge von Artilleriegeschossen – all das wurde zum schrecklichen Alltag. Der Krieg hinterlässt im Donbass Tausende zerstörte Leben, Kinder ohne Eltern, Eltern die um ihre Kinder trauern, viele wurden schwer verwundet, Arme und Beine wurden abgerissen. So viele Menschen konnten diesen Tag nicht mehr erleben. Dieser Krieg brachte die Menschen aber auch näher, man ließ niemanden im Unglück allein, teilte das Wenige, was man hatte. „Wofür haben Sie unsere Städte im Donbass zerstört?“ fragte ein Journalist Poroschenko in Minsk. Hart gekämpft wurde

noch im Kessel von Debaltsevo, wo 4000 ukrainische Soldaten eingekesselt waren. Kälte, fehlende Lebensmittel und Medikamente machten Debaltsevo zum zweiten Stalingrad. Um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, wandte sich die Volksarmee immer wieder an die Eingekesselten. Am Abend des 18. Februar verließen die Reste der ukrainischen Truppen den Kessel ohne Waffen.

Es kämpft ein ganzes Land

Die ersten Tage im Frieden – die Menschen schöpfen Hoffnung – es gibt unendlich viel zu tun. Alle Kräfte sind darauf gerichtet, die Versorgung mit Strom, Trinkwasser und Gas wiederherzustellen. In Donezk und Lugansk sind 500 000 Menschen vom Trinkwasser abgeschnitten. Reparaturbrigaden wurden bei dem Versuch, zerstörte Leitungen zu reparieren, immer wieder beschossen, auch Tote gab es.

Am 17. Februar wurde der Unterricht wieder aufgenommen. Im bereits 14. Hilfskonvoi aus Russland, der dieses mal nicht beschossen wurde, befand sich Unterrichtsmaterial für die Hochschulen. Die 1. bis 4. Klassen bekommen kostenloses Essen. Für alle Schüler ist die Schulverpflegung abgesichert, dank der Unterstützung aus Russland. An der Eisenbahnstrecke begannen die Reparaturarbeiten. Während der Kämpfe in Debaltsevo wurde auch der Chef der Donezker Volksrepublik verwundet. Er sagte dazu: „Über die Gesundheit werde ich später nachdenken, wenn Frieden ist. Es kämpft ein ganzes Land, und wir sind die Vertreter dieses Landes – einfache Bürger.“

Pleite für den Weltgendar

Ein lettischer Militärexperte äußerte sich zu diesem Krieg: „Es wird Zeit, das Spiel mit Menschenleben zu beenden. Die Amerikaner müssen erkennen, dass ihr ‚ukrainisches Projekt‘ nicht aufgegangen ist. Seinerseits hatten sie doch den Mut anzuerkennen, dass der Krieg in Vietnam verloren war. Das war die größte militärische Niederlage Amerikas, in der Ukraine spielt sich heute dasselbe ab. Die USA müssen begreifen, dass sie sich dort eingemischt haben, wo sie nicht hingehören“. Und während im Donbass der friedliche Wiederaufbau begann, forderte Poroschenko von den USA Waffenlieferungen. Außerdem will er sich an die UN wenden und den Einsatz einer von der UN beauftragten Polizei-Mission der EU fordern.

Überall in der Welt gehen die Menschen auf die Straße, fordern ein Ende der Sanktionen gegen Russland, Russland ist nicht unser Feind. Die Menschen haben längst diese von den Massenmedien gesteuerte Kampagne gegen Russland, gegen Putin erkannt und es gibt auch Zeitungen wie die „Junge Welt“, die sich entschieden gegen die verlogene westliche Presse stellen, die sich vor Ort im Donbass ein Bild über die Lage der notleidenden Bevölkerung machen.

Unsere Herzen im Donbass

Zeigen wir unsere Solidarität mit den Menschen der Volksrepubliken Donezk-Lugansk! Es wird alles gebraucht: Warme Kleidung, Kindersachen, Decken, haltbare Lebensmittel. In Moskau werden zahlreiche Kinder mit schwerwiegenden Verwundungen behandelt, wie der aus den Medien bekannte kleine Wanja. Es besteht die Möglichkeit, ihnen Päckchen zu schicken, auch finanzielle Hilfe ist möglich. Wer Mitgefühl hat und helfen möchte, der wende sich bitte an folgende Telefonnummer: (03621) 40 52 68. Schon einmal haben wir es 2012 geschafft, mit einer Solidaritätsaktion den Menschen in Griechenland zu helfen.

Solidarität ist das Lächeln der Völker! Geben wir den Menschen im Donbass das Gefühl, dass sie nicht allein sind, dass ihr Kampf gegen den Faschismus unser aller Kampf ist. In der Ukraine und in ganz Europa muss entschieden gegen das Erstarren des Faschismus vorgegangen werden.

Christiane Kranz

**Quellen: Junge Welt,
Rossija 24, Stimme Russlands**

**Solidarität mit den
Menschen im Donbass
Tel: (03621) 40 52 68**



Die Mühen der Ebene

DIE LINKE. **IM THÜRINGER LANDTAG**

Kommunalpaket 2015 erfüllt Brückenfunktion zum neuen Finanzausgleich 2016

In Thüringen gibt es Streit um das Kommunalpaket 2015. Während die Regierungsfractionen LINKE, SPD und B90/Grüne das kommunale Finanzpaket als Erfolgsgeschichte bewerten, gibt es scharfe Kritik der kommunalen Spitzenverbände und der CDU. Diese werfen der neuen Landesregierung Wortbruch vor. Susanne Henning-Wellsov, MdL stellt hierzu fest:

1.

Die dramatische Finanzlage vieler Kommunen in Thüringen ist die Folge von 24 Jahren CDU-Herrschaft. Ohne Übertreibung kämpfen manche Kommunen ums Überleben. In einer solchen Situation kommt es auch zu emotional geführten Debatten. Klar ist, die Kommunen brauchen mehr Geld, als die neue Koalition ihnen 2015 geben kann. Ihr hoher Finanzbedarf ist nicht nur die Folge der fortwährenden Aufgabenübertragung, sondern auch der Kleingliedrigkeit der Verwaltung.

Der von der CDU 2013/14 umgesetzte Finanzausgleich hat schonungslos die Strukturschwächen offengelegt, ohne nachhaltige Anreize für Veränderungen zu beinhalten. Die Antwort der CDU waren kommunale Hilfsprogramme, die immer nur kurzzeitig wirkten.

Die rot-rot-grüne Landesregierung und die Regierungsfractionen sind sich einig, Thüringen braucht einen neuen Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen. Der kann aber seriös nicht mehr 2015 zur Wirkung kommen, sondern erst 2016. Deshalb ist 2015 ein Übergangsjahr. Wenn man jedoch die Zahlen aus dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf zum Kommunalpaket 2015 nüchtern bewertet, brauchen die Kommunen nicht unzufrieden zu sein.

Die von den Spitzenverbänden geforderten 135 Mio. Euro zusätzlichen Gelder werden die Kommunen bekommen, wenn auch gesplittet in mehrere Säulen. Die Behauptung der CDU, die Kommunen würden

in diesem Jahr 48 Mio. Euro weniger vom Land erhalten als 2014, ist Populismus.

2.

Unstrittig ist auch bei den kommunalen Spitzenverbänden und der CDU, dass den Kommunen 94 Mio. Euro „frisches Geld“ zufließt, davon 10 Mio. Bedarfszuweisungen für notleidende Gemeinden kassenmäßig erst 2016. Von diesen Geldern dient der größte Teil, 60 Mio., der Stärkung der kommunalen Investitionskraft. Sie werden als Pauschale ausgezahlt, deshalb profitieren alle Kommunen davon, auch die ohne Haushalt oder in der Haushaltssicherung. Der Vorwurf, dass angeblich keine neuen Investitionen begonnen werden können, ist insofern haltlos.

3.

Die Pläne von Rot-Rot-Grün, den Kommunen die zusätzlichen Bundeszuweisungen in Höhe von 41 Mio. Euro und die prognostizierten Steuermehreinnahmen von 50 Mio. Euro nicht mit den allgemeinen Landeszuweisungen (Schlüsselzuweisungen) zu verrechnen, führt dazu, dass die Kommunen hier 91 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung haben. Nach der bestehenden Rechtslage im Finanzausgleichgesetz, von der CDU zu verantworten, ist hier eine Anrechnung gesetzlich möglich. Die Schlüsselzuweisungen könnten also um 91 Mio. Euro gekürzt werden. Dies wird Rot-Rot-Grün aber nicht tun.

4.

Gesetzlich wäre das Land zudem nicht verpflichtet, die 6 Mio. Euro, die der Bund von den Landkreisen und kreisfreien Städten aus dem „Bildungs- und Teilhabepaket“ zurückfordert, zu übernehmen. Die Übernahme durch das Land bedeutet, dass Landkreise und kreisfreie Städte zusätzlich 6 Mio. Euro zur Verfügung haben.

5.

Die Kritik der CDU, dass die Regierungsfractionen im Kommunalpaket die Erhöhung der allgemeinen Zuweisungen (Schlüsselzuweisungen) von 14 Mio. benennt, obwohl diese den Kommunen infolge der Steuermehreinnahmen des Landes ohnehin zustehen würden, verkennt, dass dieses Geld im Landeshaushalt erst einmal zur Verfügung gestellt werden muss. Würde Rot-Rot-Grün die von der CDU zu

verantwortende Rechtslage anwenden, müssten diese 14 Mio. Euro mit den Steuermehreinnahmen der Kommunen (50 Mio. Euro) verrechnet werden. Das macht Rot-Rot-Grün nicht und deshalb profitieren die Kommunen im vollen Umfang vom sogenannten Partnerschaftsmodell des Finanzausgleichs.

6.

Der so genannte Garantiefond ist eine „Erfindung“ der CDU. Damit sollten die Auswirkungen des neuen Finanzausgleichs ab 2013 „abgefedert“ werden. Für 2013 war der Fond mit 98 Mio. Euro ausgestattet, 2014 mit 80 Mio., 2015 sollte er nach den CDU-Plänen auf 55 Mio. Euro sinken und bis 2017 völlig „abschmelzen“. Die CDU hat diesen Fond an die Steuereinnahmen der betroffenen Kommunen gekoppelt. Auf Grund dieser Steuereinnahmen, die höher lagen und liegen als angenommen, werden aus dem Garantiefond 2015 nur noch 10 Mio. Euro benötigt. Wenn die CDU die „Abschmelzung“ jetzt kritisiert, richtet sich diese Kritik gegen ihr eigenes Projekt.

7.

Die CDU hatte für die Jahre 2014 und 2015 ein weiteres Hilfspaket auf den Weg gebracht (für 2014 106 Mio. Euro, für 2015 noch 30 Mio.). Die 30 Mio. Euro für 2015 muss Rot-Rot-Grün aus dem Landeshaushalt finanzieren, denn die CDU hatte hierfür keine Vorkehrung getroffen. Dies belastet den Landeshaushalt. Das Hilfsprogramm für 2014 war von der CDU nur auf ein Jahr befristet. Das jetzt Rot-Rot-Grün vorzuhalten, ist populistisch.

8.

Rot-Rot-Grün wird 2015 auch alle bisherigen Zahlungen an die Kommunen, die außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs flossen, zahlen (u.a. Kulturlastenausgleich, die teilweise Kostenübernahme für den Winterdienst auf Ortsdurchfahrten, Dorferneuerung, Städtebaumittel, Mittel für Denkmalschutz).

9.

Kommunen und kommunale Spitzenverbände sind aufgefordert, bereits jetzt mit den Regierungsfractionen und der Landesregierung den Dialog zur Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs 2016 zu suchen. Vorschläge und Anregungen sind ausdrücklich gewünscht.

Vereintes, armes Europa

Europas Volkswirtschaften stecken in Deflation und Stagnation fest. Eine lange Talfahrt kündigt sich an. Es gibt kaum Wachstum und keine Arbeitsplätze. Europa erliegt der Gier einer kleinen Elite. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft dabei immer weiter auseinander. Das Brüsseler Diktat der „alternativlosen“ Sparpolitik hält Einzug in die europäischen Haushalte. Durch den Abbau sozialer Standards verlieren die Menschen das Vertrauen in etablierte Parteien. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und stabile Verhältnisse der Elite zu wahren, schließen sich Minderheitsregierungen, wie in Dänemark oder Schweden, und Große Koalitionen, wie in Deutschland, Österreich oder den Niederlanden, zusammen.

Das Problem ist nicht, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt, sondern dass eine gierige Elite über ihre Verhältnisse gelebt hat und immer noch lebt. Denn während diese Elite über Jahrzehnte satte Gewinne privatisiert hat, um damit eigene Interessen zu verfolgen bzw. durchzusetzen, wurden ihre Verluste vergesellschaftet. Genau dies hat Länder, wie Griechenland & Co. in die verklärte Schuldenkrise getrieben. Denn es handelt sich nicht um eine Schulden-, sondern um eine Banken-

krise. So geht das Zocken, Feilschen und Wetten auf Kosten ganzer Staaten munter weiter. Dabei ist die persönliche Haftung laut Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack, den Gründungsvätern der Sozialen Marktwirtschaft, eine ihrer Grundsäulen.

Seit langem erhalten die Geldhäuser ihr Kapital von der Europäischen Zentralbank fast zum Nulltarif. Im Januar kündigte die EZB an, eine gigantische Summe von 60 Milliarden Euro jeden Monat in die Finanzmärkte zu pumpen. Anstatt dieses Geld an die Staaten bzw. deren Wirtschaft direkt weiterzugeben, wird ein Großteil dieses Geldes durch Banken in spekulative Finanzwetten investiert. Wieder profitieren nur die Vermögenden. Wenn dann doch Kredite vergeben werden, dann zu überhöhten Zinsen. Diese „Logik“ muss durchbrochen werden!

Es ist an der Zeit, einen Reset-Knopf zu drücken und der demokratischen Idee eines vereinten Europas eine neue Gestalt zu geben. Dazu gehört unter anderem die Zerschlagung riesiger Konzerne. Denn wer so viel Kapital bewegt, wie manch ein kleinerer Staat, der hat zu großen Einfluss auf die Preisgestaltung innerhalb eines Marktes. Solche Giganten können Einkaufs- sowie Verkaufspreise diktieren und auch Parla-

mente in ihrer Gesetzesgebung beeinflussen. Zusätzlich muss die Privatisierung gesellschaftlicher Bedarfsdeckung gestoppt und rückgängig gemacht werden. So darf z.B. ein kranker Mensch nicht zum Kostenfaktor in der gewinnorientierten Kalkulation eines Krankenhauses werden.

Der wichtigste Punkt ist, den souveränen Staaten ihre Handlungsfähigkeit zurückzugeben, um als maßgebende Kraft gesellschaftliche Interessen wieder vertreten und durchsetzen zu können. Es muss ein Schuldenschnitt kommen. Dies klingt utopischer, als es ist. In der Geschichte wurde jede große politische Veränderung von einem Schuldenerlass begleitet, um allen Menschen einen Neustart zu ermöglichen. Ein Schuldenschnitt vernichtet zwar Vermögen, allerdings nur derjenigen, die tatsächlich viel Vermögen besitzen und dieses in Banken, Aktien, sowie Hedgefonds investieren können. Dabei besitzen 50 % der Bevölkerung in Deutschland nur ein sehr geringes bzw. gar kein Vermögen. Dagegen jedoch entfällt fast 65 % des Gesamtvermögens in Deutschland auf knapp 10 % der Gesellschaft bzw. 25 % auf die reichsten 0,1 %. Das Maß ist voll!

Eric Labahn, Ohrdruf

Schlampereien bei der Truppe

Wer die Bundestagsdebatte vom 30. Januar verfolgt hat, muss sich nicht über die aufkommende Unzufriedenheit im Lande wundern. Lob über Lob für die Verteidigungsministerin, ihre kritischen Worte über den Zustand der Bundeswehr und deren Ausrüstungsstand. Nicht einige, sondern Hunderte maroder Kasernengebäude, unbrauchbare Waffen und Geräte, weil nicht rechtzeitig Ersatzteile angeschafft wurden, nicht eingehaltene Lieferfristen der Wirtschaft. Das heißt doch, die

Verteidigungsmöglichkeit unseres Territoriums wäre im Ernstfall auf das Größlichste verletzt.

Die Konsequenz: das übliche Gerede vom richtigen Schritt. Welcher denn? Einige hundert Kasernen werden mit ein paar Millionen renoviert. Das war's dann. Da hört bei mir der Spaß auf. Mein Einfamilienhaus, das, wie ich selbst, alt geworden ist, hat im Laufe der Zeit das Mehrfache des Baupreises an Reparaturkosten gefordert, um es zu erhalten bzw. den neuen

Anforderungen anzupassen. Kein Zweifel, wer dafür aufkam!

Nicht so bei der Bundeswehr. Gebäude verfallen nicht in wenigen Wochen, kein Wort, wer dafür die Verantwortung trägt. Was waren das für Kommandeure? Was war das für eine Reihe von Verteidigungsministern? Wer bügelt die Schlampereien aus – der Steuerzahler? Ich erwarte, dass man uns erklärt, weshalb die Verantwortlichen – wie so oft – ungeschoren davorkommen.

Siegfried Zoll, Gotha

Nun wurde wieder einmal offiziell festgestellt, dass die CDU von ihrer Selbstbedienungsmentalität reichlich Gebrauch gemacht hat. Die Sonderzahlungen an CDU-Abgeordnete im Landtag, welche vom Rechnungshof veröffentlicht wurden, zeigen ein wahres Gesicht der CDU (sparen sollen die anderen). Im Volksmund heißt solch eine Handlungsweise Wasser

Der Selbstbedienungsladen

predigen und Wein saufen. Es ist schon sehr sonderbar, wenn ein Herr Mohring sich zum Apostel aufschwingt, die Finanzpolitik der anderen kritisiert und dabei die Selbstbedienungsmentalität der CDU

gutheißt. Ehrlichkeit sieht anders aus. Die CDU-Regierung wusste schon, warum sie einen Diäten-Automatismus in der Thüringer Verfassung festgeschrieben hat. Bevor die CDU andere kritisiert, sollte sie selbst erst einmal ihr eigenes Tun unter die Lupe nehmen.

Gunther Becker, Goldbach

Wir gratulieren recht herzlich zum Geburtstag im März

02.03.	Uwe Cölln	Gotha	62.
02.03.	Sonja Damm	Gotha	63.
03.03.	Werner Kühmel	Finsterbergen	88.
06.03.	Gerda Barth	Friedrichroda	64.
06.03.	Siegfried Rheiss	Gotha	60.
07.03.	Jürgen Siegel	Gotha	77.
10.03.	Irma Pflüger	Luisenthal	85.
16.03.	Christa Schuchardt	Gotha	71.
17.03.	Heide Wildauer	Gotha	75.
19.03.	Elfriede Cramer	Gotha	88.
20.03.	Peter Klippstein	Waltershausen	73.
22.03.	Lieselotte Weidel	Gotha	79.
22.03.	Monika Schmidt	Mühlberg	68.
28.03.	Gerda Freundel	Gotha	76.



Herzliche Grüße und Wünsche unseren Frauen und Mädchen zum Internationalen Frauentag am 8. März 2015.

DIE LINKE.Kreisverband Gotha
und die Klarsicht-Redaktion

Termine März 2015

02.03.	18:00	Stadtratsfraktion
02.03.	18:30	Kreistagsfraktion
04.03.	18:00	Kreistag Gotha
05.03.	13:00	Veranstaltung zum Internationalen Frauentag 2015 im Rathaus Erfurt
08.03.	15:00	Frauentagsveranstaltung der Partei DIE LINKE. Kreisverband Gotha im „Galletti“
10.03.	16:00	Kreisvorstandssitzung, Geschäftsstelle
11.03.	16:00	Mahnwache zum Jahrestag von Fukushima, Neumarkt Gotha
	17:00	Stadtrat Gotha
14.03.	10:00	Basiskonferenz der LINKEN. LV Thüringen, Congress-Centrum der neuen Weimarahalle
16.03.	18:00	Stadtratsfraktion
17.03.	16:00	Veranstaltung anlässlich des Kapp-Putsches, Hauptpost Gotha
21.03.	10:00	Landesbildungstag im Hotel „Am Wald“ in Elgersburg
23.03.	18:00	Stadtratsfraktion
25.03.	17:00	Stadtrat Gotha
27.03.	16:00	Gesamtmitgliederversammlung in der „Schlossgartenpassage“ Ohrdruf
montags	13:00	Geschäftsführender Vorstand, Gesch.stelle

Was ist bei kubixx los?

Kultur – Bildung – xxelei Angebote

kubixx e.V., Gotha, Blumenbachstr. 5

Alte Erfolge und neue Ziele. Am 23. Februar 2015 versammelten sich sechs Mitglieder des kubixx e.V. zu einer eher kleinen Runde, um sowohl einen Blick auf das vergangene Jahr als auch auf das vor uns liegende Jahr zu werfen. Im letzten Jahr gehörten die Buchlesungen zu den großen Highlights, welche die meisten Interessenten in die Räumlichkeiten der Blumenbachstraße 5 lockten. Trotz kalter Jahreszeit waren die Lesungen von Ralph Dobrawa über den Auschwitzprozess im Januar und Bodo Ramelow's Kommentierung der NSU-Ermittlungen im Februar sehr gut besucht.

Eine Veranstaltung über moderne Drohnenkriege im April 2014 sorgte ebenfalls für reges Interesse. Eine Dokumentation über den Einsatz von Uranmunition blieb indes leider weitgehend unbeachtet. Eine Veranstaltung über Rechtspopulismus hätte ebenfalls besser besucht sein können, zumal die AfD im selben Jahr mit über 10 % in den Thüringer Landtag einzog. Ein wenig mehr Bildung hätte einigen Wählern da wohl nicht geschadet.

Im sozialen Bereich konnte der kubixx e.V. 2014 ebenfalls viel erreichen. Die Hartz-IV-Beratungen durch Frau Machalet haben bereits vielen Betroffenen geholfen und finden weiterhin jeden Mittwoch statt. Darüber hinaus konnten an drei von vier Obdachlose Wohnungen vermittelt werden.

Eine besondere Freude konnte auch zahlreichen Kindern aus drei Gothaer Grundschulen gemacht werden, für die eine Feriengestaltung organisiert wurde. Ein Kinderfest musste 2014 leider aufgrund von Bauarbeiten in der Nachbarschaft abgesagt werden, aber dieses Jahr soll es wieder stattfinden. Für etwas größere Kinder und Jugendliche finden indes jede Woche Spieleabende statt. Für die Erwachsenen gibt es selbstverständlich ebenfalls vielseitige Angebote, angefangen bei Nährkursen über Bastelnachmittage bis hin zu Handarbeiten. Leider bekam der Verein letzten Dezember unter fadenscheinigen Gründen keinen Stand auf dem Weihnachtsmarkt zugewiesen, aber für die Vorweihnachtszeit 2015 soll eine alternative Lösung gefunden werden.

Ein großes Dankeschön für die Spenden und Zuschüsse vom Kreisverband der Partei DIE LINKE sowie der Bundestagsabgeordneten Martina Renner, denn ohne diese wären allein schon die Mietkosten von über 5200 Euro im Jahr nicht zu bezahlen.

Für das kommende Jahr hofft der kubixx e.V. auf ein weiter wachsendes Interesse und natürlich neue Mitglieder. Dabei geht es nicht nur ums finanzielle Überleben, sondern vor allem um einen lebendigen Verein. Es kann dabei auf vielfältige Weise mit angepackt werden, z.B. bei unserem nächsten Subotnik am 16. März ab 10 Uhr, damit die Vereinsräume wieder glänzen.

Sebastian Bach

„Galletti“-Höhepunkte im März

3. März, 19 Uhr: „Abu Simbel – Perle in Nubien, Dia-Vortrag von und mit Dieter Schnabel; 5. März 9.30 Uhr: Kinder-Senioren-Akademie: Afrika zum Schauen, Hören und Anfassen mit Ute Stadelhofer; 10. März, 14 Uhr: Singen mit Bernhard Grauel; 17. März, 19 Uhr: „So sah ich den Jemen“ Vortrag von und mit Ute Stadelhofer; 24. März, 19 Uhr: „Israel – Impressionen im Heiligen Land, Bildvortrag mit Dieter Schnabel.

25 Jahre DGB in Thüringen

11.3.2015, 17 Uhr im Gewerkschaftsladen Gotha, Marktstraße/Ecke Pfortengasse, Vernissage zur Fotoausstellung von Uwe Pohlitz, Erfurt

Wir begrüßen als neues Mitglied David Anders, 20 Jahre, aus Sonneborn, der am 6.2.2015 in unsere Partei eingetreten ist.

klarsicht

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Gotha, 99867 Gotha, Blumenbachstr. 5; E-Mail: rgeschaefsstelle@die-linke-gotha.de; Tel.: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64; www.die-linke-gotha.de; **Redaktion:** E-Mail: klarsicht@die-linke-gotha.de;

Redaktionsleiter: Bernd Fundheller (V.i.S.d.P.), Tel.: (03621) 85 61 62, E-Mail: kreisvorsitzender@die-linke-gotha.de; **Redaktionsmitglieder:**

Christine Brand, Christiane Kranz, Eric Labahn, Wolfgang Möller, Helga Oschütz, Norbert Schimmelpfennig, Sebastian Schreiner; **Erscheinungsweise:** in der Regel monatlich; **Redaktionsschluss:** 15. des Vormonats; **Zuschriften:** bitte an eine der genannten Adressen; namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder; Manuskriptänderungen ohne Sinnentstellungen sind möglich; **Konto:**

Raiffeisenbank Gotha eG, Gotha, IBAN: DE49820641680002076616, BIC: GENODEF1GTH